

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, Prof. Dr. W. Fritz, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, M. Groh MdL, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL, Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, BM E. Kopp MdL, H. Leverkus, B. Meier-Augenstein, P. Meinhardt MdB a.D., OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, K D. Reichardt MdL a.D., A. Salomon MdL, A. Schoch MdL, U. Schäfer, Min. a.D. B. Schäfer-Wiegand, R. Schmitt-Ilert, M. Schubnell, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, Staatssekretärin Dr. G. Splett MdL, BM C. Staab, J. Stober MdL, T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, J. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

Informationen für die Medien

Auch bei grün-roter Landesregierung weiterhin Zentralismus

Landesvereinigung Baden in Europa e.V. kritisiert ungleiche Mittelverteilung

Nachdem die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. im vergangenen Jahr durch eine Erklärung von Ministerpräsident Kretschmann festgestellt hat, dass in Landtag und Landesregierung falsche Vorstellungen über das Größenverhältnis der beiden Landesteile Baden und Württemberg bestehen, hat sie allen Landtagsabgeordneten und der Landesregierung mitgeteilt, dass die Landesfläche Badens 46 Prozent und Württembergs 54 Prozent der Gesamtlandesfläche Baden-Württembergs ausmachen. Fast gleich ist das Verhältnis der zwischen den Landesteilen Baden und Württemberg einschließlich Hohenzollern lebenden Menschen.

Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. legte neueste Zahlen über die Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen in beiden Landesteilen vor, auch für die Universitäten. Diese Untersuchungen wurden der Landesregierung und allen Abgeordneten übersandt mit der Bitte, in Zukunft die finanziellen Mittel für öffentliche beziehungsweise kulturelle Einrichtungen auf beide Landesteile gerechter zu verteilen.

So ist es nicht hinnehmbar, dass sich das Land aus der Verantwortung für das SWR-Sinfonieorchester Baden-Baden/Freiburg verabschiedet, nachdem für Orchester in den Jahren 2012 bis 2014 im württembergischen Landesteil 24 und im badischen Landesteil nur 10 Millionen Euro Zuschüsse des Landes zur Verfügung gestellt wurden. Schon mehrmals wurde von der LVB i. E. darauf hingewiesen, dass Stuttgart die höchste Musikedichte Deutschlands aufweist. Das Land wäre durchaus in der Lage, die notwendigen Mittel in die angeordnete Stiftung für das Orchester einzubringen, wenn die Wilhelma (der einzige staatliche Zoo) endlich an die Stadt Stuttgart übergeben würde. Damit würden rund 9 Millionen Euro jährliche Zuschüsse und zuzüglich Investitionen in Millionenhöhe eingespart. Heidelberg und Karlsruhe stemmen, trotz geringerer Finanzausstattung als Stuttgart, die Kosten für die Zoologischen Gärten selbst.

Dies gilt auch für alle anderen finanziellen Zuwendungen wie beispielsweise die Städtebauförderung oder die Schulbauförderung und vieles anderes mehr. So kann es etwa nicht sein, dass für die Schulbauförderung 30 Millionen Euro für den Regierungsbezirk Stuttgart, 19 Millionen für den Regierungsbezirk Tübingen und für die beiden badischen Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe jeweils nur 12 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe
Tel. 0721- 884728, Fax 0721-882563
E-Mail: rmuerb@lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Harald Denecken
Bürgermeister a.D.
E-Mail: harald@denecken.com

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Hubert B. Keller
E-Mail: hubert.keller@jai.fzk.de

Volksbank Karlsruhe, BLZ 661 900 00, KontoNr. 70 046 504 - Sparkasse Karlsruhe, BLZ 660 501 01, KontoNr. 223 115 91
BBBank Karlsruhe, BLZ 660 908 00, KontoNr. 7 042 736

www.lv-baden.de

Die von der Landesvereinigung kritisierte Zentralisierung der Verwaltung ist unter der grün-roten Landesregierung leider fortgeführt worden. So haben die Dualen Hochschulen ihre Selbständigkeit weitgehend verloren, dies auf Kosten nicht nur der badischen, sondern auch der württembergischen Hochschulen. Hier wurde eine baden-württembergische Duale Hochschule mit Sitz in Stuttgart mit erheblichem Personal von rund 60 Stellen gegründet. Die bisher selbständigen Dualen Hochschulen wurden zu Außenstellen degradiert.

Die Denkmalpflege wurde von den Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe und Tübingen in einer Außenstelle des so genannten „Vorortregierungspräsidiums“ Stuttgart in Esslingen konzentriert. Die Materialkontrolle, die bisher in den Regierungspräsidien angesiedelt war, ist nun in einem „Vorortregierungspräsidium“ Tübingen konzentriert.

Diese Zentralisierungsmaßnahmen führen zu einer Bürgerferne und sind das Gegenteil dessen, was die neue Landesregierung versprochen hatte. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat in den Gesprächen mit dem Vorstand der Landesvereinigung Baden in Europa e.V. immer wieder betont, dass die Dezentralisierung für ihn sehr wichtig sei und er mit uns völlig übereinstimme.

Der Vorsitzende der Landesvereinigung Baden in Europa e.V., Prof. Robert Mürb, hat vor wenigen Tagen ein ausführliches Gespräch mit dem EU-Kommissar Günther Oettinger geführt, in dem vor allem die Probleme der Trinationalen Metropolregion Oberrhein thematisiert wurden. So bat Mürb unter anderem um Unterstützung beim den Rhein überschreitenden Öffentlichen Personennahverkehr im Bereich Rastatt-Roeschwoog und Karlsruhe-Lauterbourg (Lauterburg) / Wissembourg (Weißenburg).